

Protokollauszug

aus der
19. öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses - Videokonferenz
vom 20.05.2021

öffentlich

**Top 7.4 Hilfsstrategie zur Betreuung von psychosozialen Auswirkungen der Pandemie
21/SVV/0498
geändert beschlossen**

Herr Otto bringt den Antrag ein.

Frau Hayn erläutert, dass der öffentliche Gesundheitsdienst der LHP dringend empfiehlt, die Hinweise zur stationären Behandlungskapazität des Klinikums Ernst von Bergmann gGmbH als Anlass zu nehmen mit dem Gesundheitsministerium in Verhandlungen zu treten, um die Bettenkapazität in der LHP bedarfsgerecht aufzustocken, sodass der aktuellen Versorgungsschieflage etwas entgegengesetzt werden kann. Gleiches gilt auch für die Kassensitze der ambulanten psychologischen Psychotherapeuten sowie der Kinder- und Jugendtherapeuten, um die Wartezeiten (aktuell über 12 Monate) zu reduzieren und somit Chronifizierungen von psychischen Störungen sowohl bei Kindern und Jugendlichen, als auch bei Erwachsenen zu verhindern.

Drittmittelanträge (GKV-Bündnis) für eine Präventionsfach- und Clearingstelle in der Psychiatrie für Kinder aus sucht-/psychisch belasteten Familien und im Setting Schule für das Projekt „Seelische Gesundheit trifft Schule in Potsdam“ (soll im August 2021 an Potsdamer Schulen in sozial belasteten Stadtteilen starten) sind durch den Geschäftsbereich 3 sowie den Oberbürgermeister der LHP zu priorisieren, sodass die Umsetzung der Projekte möglichst zügig erfolgen kann.

Die Intensivierung der Bekanntmachung des Online-Wegweisers wird ebenfalls empfohlen. Hierfür ist gemeinsam mit dem Bereich Presse und Kommunikation eine kurzfristige Strategie zu entwickeln und Ressourcen freizugeben. Es ist zu prüfen, inwiefern die Träger der Gemeindepsychiatrie ihre Angebote im Rahmen bestehender Verträge erweitern können, zum Beispiel in Form weiterer offener Beratungsangebote (vornehmlich telefonisch und digital). Die Auftragserweiterung, zum Beispiel im Rahmen der 20%-Spanne bei bestehenden Verträgen ist abzuwägen. Die Träger sind weiterhin dabei zu unterstützen digitale Beratung in guter Qualität und unter Berücksichtigung von Datenschutzrichtlinien anbieten zu können.

Es wird vereinbart die Änderungen des Antrages aus dem Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion zu übernehmen.

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, zeitnah ~~eine~~ **die** Hilfsstrategie zur Betreuung von psychosozialen Auswirkungen der gegenwärtigen Pandemie ~~erarbeiten zu lassen~~ **weiter zu entwickeln.**

Dazu sollen psychosoziale Hilfsangebote abgestimmt und gebündelt, redundante Parallelentwicklungen vermieden sowie lokale Selbsthilfeaktivitäten unterstützt werden. Die Angebote sind verstärkt der Öffentlichkeit bekannt zu machen.

Die Psychiatriekoordination des FB Gesundheit soll dabei mit dem dazugehörigen Netzwerk für seelische Gesundheit und der Psychosozialen Arbeitsgemeinschaft–PSAG kooperieren, **weiterhin sollten weitere wichtige Akteur*innen wie der Arbeitskreis der Nachbarschafts- und Begegnungshäuser in die Erarbeitung dieser Hilfsstrategie einbezogen werden**. Es wird empfohlen, die Psychiatriekoordination des FB Gesundheit in den Krisenstab des Rathauses zu integrieren.

Ein Zwischenbericht soll im Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Inklusion im ~~Juni~~ **September** 2021 gegeben werden, der Bericht an die Stadtverordnetenversammlung im ~~September~~ **November** 2021 erfolgen.

Abstimmungsergebnis:

mit Stimmenmehrheit angenommen